

An abstract artwork featuring a dense, overlapping arrangement of long, narrow ribbons in various colors including blue, red, yellow, green, and brown. The ribbons are layered and cross each other, creating a complex, web-like structure against a light background.

Netzwerk für die Integration von Migranten im Landkreis Stendal

Umsetzung der Handlungsempfehlungen des
„Rahmenplanes für die Integration von Zugewanderten im
Landkreis Stendal“



Auswertung und Dokumentation

Fachtreffen am 2. November 2011 in Landratsamt Stendal

Inhalt

Programm

1. Einleitung

2. Grußworte

- Grußwort des Landrates Jörg Hellmuth
- Grußwort des Oberbürgermeisters Klaus Schmotz
- Eröffnungsreferat der Integrationsbeauftragten des Landes Sachsen-Anhalt Susi Möbbeck

3. Arbeit in den Workshops

Workshop 1:

Integration in Kindertagesstätten und Schulen

Workshop 2:

Integration in den Arbeitsmarkt, Ausbildung

Workshop 3:

Partizipation und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben

Workshop 4:

Interkulturelle Öffnung

4. Schlussworte der Mitglieder der Stendaler Migranteninitiative

5. Anhang

Zeitlicher Ablauf

- 14.00 Uhr **Grußworte**
 Jörg Hellmuth, Landrat des Landkreises Stendal
- 14.10 Uhr
 Klaus Schmotz, Oberbürgermeister der Hansestadt Stendal
- 14.20 Uhr **Eröffnungsreferat**
 Susi Möbbeck, Integrationbeauftragte des Landes Sachsen-Anhalt
- 14.40 -15.50 Uhr
 Workshophase
- Workshop 1:**
 „Was Iwanuschka nicht lernt, lernt Iwan nimmermehr?“
 Integration in Kindertagesstätten und Schulen
- Workshop 2:**
 „Es ist noch kein Meister vom Himmel gefallen“
 Integration in den Arbeitsmarkt, Ausbildung
- Workshop 3:**
 „Blick über den Gartenzaun“
 Partizipation und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben
- Workshop 4:**
 „Du verstehn?“
 Interkulturelle Öffnung
- 16.00 – 17.30 Uhr
 Auswertung der Workshops, Kaffee und Kuchen, Kulturprogramm

1. Einleitung

Mit dem nationalen Integrationsgipfel im Jahr 2006 gab die Bundesregierung den Auftakt zu einer neuen, breiten gesellschaftlichen Debatte zum Themenbereich Zuwanderung und Integration. Deutschland bekannte sich dazu, Einwanderungsland zu sein und zukünftig die Potenziale von Einwanderern gezielt zu nutzen.

Ein erstes, wesentliches Ergebnis der Debatte war der „Nationale Integrationsplan“, der am 12. Juli 2007 beschlossen wurde.

Dieses Dokument beinhaltet die politischen Ziele für die Integration ebenso wie die Selbstverpflichtungen von Ländern, Kommunen, Vereinen, Organisationen usw. zur Verbesserung der Bedingungen für die Integration von Zugewanderten in Deutschland.

Das Land Sachsen-Anhalt hat zur Umsetzung des „Nationalen Integrationsplanes“ im Mai 2008 alle Akteure der Integrationsarbeit eingeladen, sich an „Integration im Dialog“ zu beteiligen. Beginnend mit der Auftaktveranstaltung am 09. Mai 2008 nahmen folgende vier Dialogforen die Arbeit auf :

- Frühkindliche Förderung, Bildung und Sprache
- Ausbildung, Arbeit und Hochschulen
- Integration vor Ort
- Interkulturelle Öffnung

Die Dialogforen verschafften sich einen Überblick zum erreichten Stand der Integrationsarbeit in Sachsen-Anhalt. Auf der Grundlage dieser Bestandsaufnahme wurden danach Handlungsempfehlungen erarbeitet, deren Umsetzung zu einer besseren Integration von Zugewanderten beitragen soll.

Der Beratungsprozess „Integration im Dialog“ war dadurch gekennzeichnet, dass durch die Einbeziehung von Vertretern von Behörden, Institutionen, Migrationsdiensten, Vereinen und Verbänden, Migrantenselbstorganisationen, Bildungsträgern u.a. eine umfassende demokratische Meinungsbildung stattfand.

Akteure der Integrationsarbeit aus dem Landkreis Stendal haben sich an allen Dialogforen aktiv beteiligt, ihr Wissen und ihre Erfahrungen eingebracht und so zum Gelingen des gesamten Dialogprozesses beigetragen.

Die Mitarbeit bei „Integration im Dialog“ führte auch zu Überlegungen, für die Integrationsarbeit im Landkreis Stendal einen ähnlichen Diskussionsprozess durch das Netzwerk für die Integration von Migranten einzuleiten. Als Ergebnis sollte eine möglichst verbindliche Orientierung für alle Beteiligten entstehen.

Daraufhin begann in allen Arbeitstischen des Netzwerkes die Arbeit an einem

Integrationskonzept bzw. –rahmenplan. In Beratungen und Treffen machten sich viele Mitwirkende Gedanken darüber, was im Landkreis Stendal in der Integrationsarbeit bereits erreicht worden ist, welche Strukturen und Einrichtungen schon vorhanden sind und was in Zukunft noch besser gemacht werden soll.

Ausgehend vom „Nationalen Integrationsplan“ auf Bundesebene und den im Land Sachsen-Anhalt bei der Aktion „Integration im Dialog“ erarbeiteten Handlungsempfehlungen haben die Akteure der Integrationsarbeit im Landkreis Stendal die spezifischen Ziele und Aufgaben der Integration von Zuwanderten hier vor Ort diskutiert.

Nach einer längeren und intensiven Arbeitsphase entstand als Ergebnis der „Rahmenplan für die Integration von Zugewanderten im Landkreis Stendal“. Nach seiner Fertigstellung im Frühjahr 2011 wurde er dem Kreistag zugeleitet und in allen Ausschüsse beraten. Am 23.06.2011 wurde er dann einstimmig vom Kreistag beschlossen.

Auch der Stadtrat der Hansestadt Stendal hat den Rahmenplan am 04.07.2011 einstimmig beschlossen.

Somit verfügen Landkreis und Stadt Stendal über ein von den politischen Gremien beschlossenes Dokument, das Grundlage für die Integrationsarbeit der kommenden Jahre ist.

Wie die Umsetzung der Handlungsempfehlungen des Rahmenplanes gelingen kann war das Thema einer Fachtreffens, das am

02.11.2011 von 14.00 – 17.30 Uhr im Landratsamt Stendal

stattfand.

Der Einladung dazu waren Vertreter und Vertreterinnen aller gesellschaftlichen Kräfte gefolgt, die an der Integration von Zuwanderern und Zuwanderinnen beteiligt sind

Eine Liste der Teilnehmer befindet sich im Anhang

Anmeldung der Teilnehmer
und Teilnehmerinnen



Ausstellung: Dokumentation von Migrantinnen und Migranten zum Thema „Unsere gemeinsame Heimat“

2. Grußworte

Jörg Hellmuth, Landrat des Landkreises Stendal



Mit der Frage : „Wer von ihnen kennt Shermak Selo ?“ begann der Landrat seine Grußworte. Am Beispiel des jungen Fussballers von Lok Stendal verwies er darauf, dass aus seiner Sicht Zuwanderer generell eine Bereicherung des Lebens in unserer Gesellschaft sind. So, wie er mit seinen Eltern vor mehr als 10 Jahren als staatenloser Flüchtling zu uns kam, sind viele Migranten und Migrantinnen nach Stendal gekommen. Shermak und seine Geschwister

sind hier zur Schule gegangen, sie haben sich um Integration bemüht – und es ist ihnen gelungen. Sie haben die Chancen, die ihnen geboten worden sind, genutzt.

So sollte es bei der Integration sein: unsere Gesellschaft hier bietet Möglichkeiten und Hilfe, die Zugewanderten wollen und können sie nutzen.

Dafür, dass dies in Zukunft noch besser gelingt, soll der „Rahmenplan für die Integration Zugewanderter im Landkreis Stendal“ die Basis sein. Der Beschluss des Kreistages zeigt, dass die Bedeutung des Themas Integration erkannt worden ist, auch angesichts von demografischem Wandel und Fachkräftemangel.

Der Landrat spricht der Tätigkeit des Netzwerkes für die Integration von Migranten im Landkreis Stendal seine Anerkennung aus und dankt für die schon über Jahre geleistete Arbeit.

Ebenso spricht er sich lobend über die gute Zusammenarbeit mit der Kreisstadt Stendal auch zum Thema Integration aus.

Der Landrat wünscht der Tagung einen guten Verlauf.

(Gedächtnisprotokoll)

Klaus Schmotz, Oberbürgermeister der Hansestadt Stendal



Der Oberbürgermeister macht noch einmal deutlich, dass sich die Anstrengungen der Integrationsbemühungen vor allem auf die Hansestadt Stendal konzentrieren, da hier 77% aller Migranten und Migrantinnen des Landkreises zu Hause sind. Vor 11 Jahren hat sich der Stadtrat dazu entschlossen, die Bildung eines Netzwerkes für die Integration von Migranten durch die Installierung einer Koordinierungsstelle zu befördern.

Dieses Netzwerk ist inzwischen zu einer wichtigen Institution bei der Integration der hier Zugewanderten geworden und führt sehr

erfolgreich die Integrationsprozesse in der Hansestadt Stendal. Dafür bedankt sich der Oberbürgermeister herzlich bei allen Kooperationspartnern und Kooperationspartnerinnen, allen, die sich für ein tolerantes Zusammenleben von Einheimischen und Zugewanderten einsetzen.

In den zurückliegenden 6 Jahren führte die Stadt Stendal das dieses Jahr ausgelaufene Förderprogramm „STÄRKEN VOR ORT“ durch, welches durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und den Europäischen Sozialfonds kofinanziert wurde. Es war das Nachfolgeprogramm für die bis dahin bekannte Förderung „LOKALES KAPITAL FÜR SOZIALE ZWECKE“. Diese Programme waren eine hervorragende Möglichkeit für Kleinstprojekte, die auch der Integration der hier Zugewanderten dienen. So konnten unter anderem Kurse zum Erwerb der deutschen Sprache, vor allem für Frauen, zur Stärkung von Schlüsselkompetenzen und zum Nachholen von Schulabschlüssen durchgeführt werden.

In der Verwaltung der Hansestadt Stendal, ist die Integration von Zugewanderten als Querschnittsaufgabe erkannt worden. Vor allem die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Ämter, die mit Migranten und Migrantinnen Kontakt haben, tauschen sich mit der Netzwerkkoordinatorin Frau Bischoff regelmäßig aus. Für die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Stadtverwaltung gab es schon vor zwei Jahren Workshops zum Erwerb interkultureller Kompetenzen. Angedacht ist, Angebote zur Vertiefung zu organisieren.

2010 hat die Hansestadt Stendal an der Internationalen Bauausstellung unter dem Thema „Zentraler Ort im ländlichen Raum“ teilgenommen. Zukunftsstrategien bis 2025 wurden angedacht und mit möglichen Maßnahmen zur Umsetzung untermauert. Ein Handlungsfeld ist die Stärkung des Bildungsstandortes Stendal und hier der Aufbau einer lokalen Bildungslandschaft. Bildung ermöglicht es jedem, am gesellschaftlichen und kulturellen Leben teilhaben zu können und sichert Chancengleichheit. Unter anderem ist Bildung eine wichtige Voraussetzung für jugendliche Zugewanderte, ihre Zukunft aktiv gestalten zu können. Bei dem zu erwartenden Fachkräftemangel und der demografischen Entwicklung können wir es uns nicht leisten, Ressourcen brach liegen zu lassen, die Zuwanderer und Zuwanderinnen mitbringen. Hier Mittel und Wege zu finden, diese Ressourcen zu nutzen, sollte Ziel aller an der Integration von Zugewanderten Beteiligten sein. Das wird auch Gesprächsinhalt des heutigen Fachtreffens sein und der Oberbürgermeister wünscht allen Teilnehmern dabei viel Erfolg.

(Gedächtnisprotokoll)



Susi Möbbeck, Integrationsbeauftragte der Landesregierung Sachsen-Anhalt

Die Integrationsbeauftragte der Landesregierung brachte ihre Anerkennung zum Ausdruck, dass als Abschluss eines breiten Diskussionsprozesses die Erarbeitung des „Rahmenplanes für die Integration Zugewanderter im Landkreis Stendal“ gelungen ist.

Sie würdigte vor allem, dass die Beschlussfassung in Kreistag und Stadtrat erfolgte.

Das sei ein Zeichen dafür, dass die kommunale Politik die Bedeutung von Zuwanderung und Integration erkannt hat.

Frau Möbbeck wünschte allen Teilnehmern und Teilnehmerinnen ein gutes Gelingen des Fachtages und viel Erfolg bei der weiteren Arbeit für die Integration von Migranten.

Anschließend erläuterte die Integrationsbeauftragte an Hand einer Präsentation die wesentlichen Grundzüge der Politik der Landesregierung von Sachsen-Anhalt zur Integration von Zugewanderten. In ihrem Impulsbeitrag ging sie unter anderem darauf ein, dass sich Zuwanderung in den neuen Bundesländern in vielerlei Hinsicht von der in der alten Bundesrepublik unterscheidet. So ist auch in Sachsen-Anhalt der Ausländer- und Migrantenanteil wesentlich niedriger als im alten Bundesgebiet. Ebenso gibt es Unterschiede in der Art der Zuwanderung. Während in der alten Bundesrepublik hauptsächlich Zuwanderung in Arbeit erfolgte, gab es bei uns überwiegend Zuwanderung von Flüchtlingen, die auf soziale Leistungen angewiesen waren.

Diese und andere Unterschiede müssen in der Integrationspolitik berücksichtigt und auch auf Bundesebene beachtet werden.

(Gedächtnisprotokoll, Präsentation im Anhang)



3. **Workshops**

Danach wurde die Arbeit in folgenden Workshops fortgesetzt:

Workshop 1:

Integration in Kindertagesstätten und Schulen

wegen der vielen Anmeldungen wurden zwei Workshops gebildet

- für Kindertagesstätten und Grundschulen
- für Sekundarschulen

Workshop 2:

Integration in den Arbeitsmarkt, Ausbildung

Workshop 3:

Partizipation und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben

Workshop 4:

Interkulturelle Öffnung

In den Workshops sollte es darum gehen, ausgewählte Handlungsempfehlungen des Rahmenplanes für die Integration von Zugewanderten im Landkreis Stendal dahingehend zu beleuchten, was uns an deren Umsetzung hindert. Danach wurde gemeinsam überlegt, ob es doch Lösungsansätze gibt. Schlussfolgernd daraus hatten alle die Chance, durch eine oder mehrere Selbstverpflichtungen darzulegen, wie sie zu deren Umsetzung beitragen wollen.

Selbstverpflichtungen konnten als Privatperson, als Mitglied einer Organisation oder für die berufliche Tätigkeit abgegeben werden.

In den nächsten Arbeitstischen des Netzwerkes werden wir uns zum Stand der Umsetzung austauschen.

3.1.1. Integration in Kita und Grundschulen

Workshopleiterinnen Andrea Butzek und Anke Kröning

In einer kurzen Vorstellungsrunde informierten die Anwesenden auch über ihren persönlichen Bezug zum Thema Integration. Nicht alle kannten die Handlungsempfehlungen des Rahmenplanes zu diesem Schwerpunkt, deshalb wurde noch einmal nachgelesen und danach mit der Gesprächsrunde begonnen.

Was hindert uns derzeit an der Umsetzung der Handlungsempfehlungen?

Die Teilnehmer/innen waren sich einig, dass es zu wenig fremdsprachige Mitarbeiter/innen in Kitas und Schulen gibt. Dort, wo sie über die ehrenamtliche Tätigkeit oder durch das Jobcenter in Form von AGH eingesetzt werden, wirkt sich ihre Anwesenheit sehr positiv auf das interkulturelle Klima in der Einrichtung aus. Beanstandet wurde, dass für einen sonstigen Einsatz die gesetzlichen Rahmenbedingungen fehlen, insbesondere die Anerkennung der ausländischen pädagogischen Berufsabschlüsse.

Den Einrichtungen werden sehr viele Projektinhalte für unterschiedlichste Themen angeboten. So muss jede Kindertagesstätten- oder Schulleiterin Prioritäten setzen. Oft haben diese dann wenig mit der Entwicklung von Schlüsselkompetenzen zum Erwerb interkultureller Fähigkeiten, dem Erkennen der kulturellen Vielfalt in unserer Gesellschaft oder der daraus schlussfolgernden Wertevermittlung zu tun. Dies betrifft vor allem Einrichtungen, in denen es keine oder nur wenige Kinder mit Migrationshintergrund gibt. Als positives Beispiel für die Umsetzung dieser genannten Kompetenzen, wird der Einsatz der „Pädagogik der Vielfalt“ genannt.

Kritisch bemerkt wurde, dass Projekte oft nur durch Förderungen möglich, zu kurzfristig angelegt und nach ihrem Auslaufen dadurch nicht fortsetzbar sind. So muss immer wieder nach Lösungen gesucht werden, diese weiterführen zu können. Zur Bearbeitung von Kernaufgaben wird aber mehr Zeit benötigt, die zeitlichen Ressourcen reichen dadurch kaum aus. Das hat Auswirkungen darauf, dass die Qualifikation der Mitarbeiter/innen im Bereich Integration, Migration und Wertevermittlung oft zu kurz kommt. Die Weiterbildungsangebote dafür genügen noch nicht, so dass es zu wenig Kenntnisse über andere Kulturen, Sitten und Gebräuche gibt. Dadurch kann oftmals nicht richtig auf Eltern mit Migrationshintergrund eingegangen werden.

Hinderlich bei der Umsetzung einiger Handlungsempfehlungen ist auch, dass viele Eltern mit Migrationshintergrund schwer zu erreichen sind.

Danach versuchten die Teilnehmer/innen, gemeinsam Lösungsansätze zu finden.

Folgende Lösungsansätze wurden vorgeschlagen

Es sollte versucht werden, dass Kinder und Eltern gemeinsam die deutsche Sprache erlernen. Auch die Anregung von Erziehungspartnerschaften kann helfen, mehr Eltern einzubeziehen und nicht über sie sondern mit ihnen zu kommunizieren.

Noch mehr Einrichtungen werden aufgefordert, die Möglichkeiten des Netzwerkes für das Erlangen interkultureller Kompetenzen zu nutzen, insbesondere Kitas und Schulen im ländlichen Raum.

Das Thema Integration muss in den Einrichtungen im gesamten Landkreis präsenter werden.

Von den Teilnehmern/innen wurde die Handlungsempfehlung als bedenklich empfunden, dass sich für den Ausbau der „Wladimir Komarow“ Sekundarschule zu einer Schwerpunktschule für neu zugewanderte Jugendliche aus dem gesamten Landkreis eingesetzt werden soll. Es könnte angenommen werden, dass die Schüler grundsätzlich für die Zeit ihres Schulbesuches hier beschult werden sollen. Das ist so nicht gemeint. Aus diesem Grund ist die Handlungsempfehlung nicht korrekt formuliert. Es hätte heißen müssen:

“Einsatz für den Erhalt der Sekundarschule „Wladimir Komarow“ und Ausbau der Schule als Schwerpunktschule für neu zugewanderte Jugendliche mit Migrationshintergrund aus dem gesamten Landkreis. Besuch der Vorbereitungsklasse, in der gezielt eine sprachliche und kulturelle Förderung erfolgt, bis die Jugendlichen in der Lage sind, den Regelunterricht in ihrer ortsansässigen Schule besuchen zu können. Bereitstellung der entsprechenden Fahrkosten durch den Landkreis.“

Selbstverpflichtungen:

- politische Initiative zur Anerkennung von Berufsabschlüssen durch Kommune und Land
- Treffen von Müttern/Frauen mit Migrationshintergrund mit Politikerinnen des Kreistages
- Erziehungspartnerschaften - langfristige Projektideen entwickeln
- nachhaltige Projekte in Kitas unterstützen
- Aufklärung> Elternarbeit> Elternmitarbeit
- Motivation der Erziehungsberechtigten zur Mitarbeit/Engagement
- Unterstützung der Arbeit im Netzwerk
- thematische Weiterbildungen für Erzieherinnen
- Nutzung des wertebildenden Unterrichts zur Förderung der Neugierde an fremden Kulturen
- mehr als bisher auf die in unserem Land lebenden Menschen mit Migrationshintergrund eingehen
Durchführung von Infoveranstaltungen für pädagogisches Personal und Eltern, Förderung der Neugierde und der Freude über kulturelle Unterschiede und Gemeinsamkeiten in pädagogischer Arbeit berücksichtigen
- Ausschöpfung der Kommunikationsmöglichkeiten durch aktive Elternbeteiligung, Intensivierung Erziehungspartnerschaften im Projekt „Schwerpunkt- Kita Sprache und Integration, Professionalisierung der Erzieherinnen durch Fortbildung



3.1.2. Integration in Schule und Ausbildung

Workshopleiterinnen Daniela Groß und Katja Böttcher

In einer kurzen Vorstellungsrunde nannten die Teilnehmer/innen ihren Namen und erläuterten ihren eigenen Bezug zum Themenfeld Integration.

Dann stellte Frau Groß jene Handlungsempfehlungen des Rahmenplanes vor, welche die Teilnehmer/innen in ihrem Alltag berühren. Diese wurden als Diskussionsgrundlage für alle sichtbar schriftlich auf dem Flipchart fixiert.

Im Mittelpunkt dieser Diskussion standen vor allem Fragen der

- interkulturellen Bildung
- des Erwerbs interkultureller Kompetenzen für alle Beschäftigten in den Schulen
- die Verbesserung der Arbeit mit den Eltern
- eine verstärkte Vermittlung von Werten wie Demokratie und Toleranz

Von den Teilnehmer/innen wurde auch darauf hingewiesen, wie wichtig eine gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit allen Partnern ist, insbesondere eine bessere Vernetzung untereinander.

Dabei wurden auch Beispiele dargestellt, wie es in der Praxis schon gelungen ist oder in Zukunft gelingen kann, die Handlungsempfehlungen umzusetzen.

So konnte u.a. berichtet werden, dass die Mitarbeit im Netzwerk für die Integration von Migranten oder im Bürgerbündnis „HINGUCKEN-EINMISCHEN-Wir machen mit“ gut geeignet ist, gemeinsam für die Integration in Schule und Ausbildung zu wirken. Auf diesem Wege hat es bereits Unterstützung bei Projekten in den Schulen gegeben. Hier wurden die Möglichkeiten genutzt, die vorhandenen Kompetenzen der Netzwerkpartner einzusetzen. Das betrifft vor allem das Projekt „Miteinander leben“ an der Komarow-Sekundarschule, an dem die „Stendaler Migranteninitiative“ aktiv beteiligt war. Auch Projekte an anderen Schulen konnten schon von der Zusammenarbeit in den Netzwerken profitieren.

Dies geschieht jedoch noch zu selten und vor allem an noch zu wenigen Schulen. Deshalb diskutierten die Teilnehmer auch Ideen und Vorschläge, was noch getan werden müsste. Neben solchen wesentlichen Dingen wie Fortbildung der Lehrer, gezielte Einzelförderung von Schülern mit Migrationshintergrund, mehr Information über andere Kulturen usw. wurde das Hauptaugenmerk deutlich auf eine verbesserte Zusammenarbeit der Schulen des Landkreises und insbesondere eine direktere Kommunikation der Schüler untereinander gelegt.

So wurde vorgeschlagen, dass es Kooperationen zwischen verschiedenen Schulen geben sollte, z.B. zwischen Grund- und Sekundarschulen oder zwischen Schulen mit und ohne Schüler mit Migrationshintergrund. Ein konkretes Beispiel dabei gibt es in der Vorbereitung eines gemeinsamen Theaterprojektes zwischen den Sekundarschulen „Komarow“ und „Diesterweg“ der Hansestadt Stendal.

Die Teilnehmer/innen sind der Meinung, dass neben dem internationalen Schüleraustausch auch der innerhalb des Landkreises ausprobiert werden könnte. So sollten die Projektstage aller Schulen so kommuniziert werden, dass anderen Schulen die Teilnahme ermöglicht wird.

Des Weiteren wird vorgeschlagen, dass Schulen das Angebot der Stendaler

Migranteninitiative verstärkt nutzen, um den Schüler/innen Kenntnisse über Zugewanderte und deren Kultur und Lebensweise praxisnah vermitteln zu können. Dies kann u.a. durch direkte Einbeziehung in den Unterricht geschehen. An Schulen, an denen der Auch Eltern mit Migrationshintergrund können in den Schulen ihrer Kinder dazu einen Beitrag leisten.

Als wichtige Voraussetzungen, um die diskutierten Maßnahmen zur Umsetzung der Handlungsempfehlungen durchzusetzen, sehen die Teilnehmer u.a. die verstärkte Sensibilisierung von Lehren, Eltern und Schülern für das Themenfeld Zuwanderung und Integration. Außerdem sollte es auf diesem Gebiet mehr Zeit für Projektarbeit an den Schulen geben. Weiterhin betrachten es die Teilnehmer für wesentlich, dass aus den Schulen heraus noch mehr der Austausch mit den Migranten vor Ort gesucht wird. Schließlich wird nochmals darauf hingewiesen, dass der Erwerb ausreichender Deutschkenntnisse für Schüler und Eltern mit Migrationshintergrund als Grundvoraussetzung für Integration ausreichend von den Behörden gefördert werden, aber auch von den Migranten gewollt sein muss.

Selbstverpflichtungen:

- Verpflichtung, die SchulsozialarbeiterInnen auf die Bedeutung der Integration hinzuweisen und die Idee des Austausches zwischen Schulen im Rahmen von Projekttagen vorzustellen
- Vorbereitung des gemeinsamen Theaterprojektes der Sekundarschulen "Komarow" und „Diesterweg“ für Juli 2012
- an der Schule andere über eigene Kultur und Religion informieren
- noch stärkerer Einsatz für die Bildungschancen 17 – 19jähriger Migranten/innen, die neu nach Deutschland kommen



3.2. Integration in den Arbeitsmarkt

Workshopleiterinnen Heidi Schimmelpfennig und Sabine Krause

Auch dieser Workshop wurde mit einer kurzen Vorstellungsrunde begonnen. Weil nicht alle Teilnehmer/innen schon so intensiv mit dem Thema Integration und Zuwanderung befasst waren, dass sie die Handlungsempfehlungen des Rahmenplanes kannten, wurden die für diesen Workshop wesentlichen nochmals auf dem Flipchart vermerkt.

Was hindert uns derzeit an der Umsetzung der Handlungsempfehlungen?

Die Teilnehmer/innen stellten fest, dass es bei der Integration in den Arbeitsmarkt - von der Berufsausbildung über Praktika bis zur Arbeitstätigkeit - schon Fortschritte gegeben hat. Diese genügen aber bei weitem noch nicht, um einerseits Fachkräftemangel und demografischem Wandel entgegenzuwirken und andererseits den Migranten ausreichende Möglichkeiten zu bieten, sich in den Arbeitsmarkt einzugliedern.

Als ein entscheidendes Hindernis für die Integration in den Arbeitsmarkt wird die nicht ausreichende sprachliche Qualifikation der Zuwanderer angesehen. Das betrifft oftmals schon fehlende Kenntnisse im Alltagsdeutsch, setzt sich aber auch bei fehlenden Kenntnissen der beruflichen Fachsprache fort.

Als weiteres Problem wird die immer noch fehlende Anerkennung der erworbenen Berufsabschlüsse gesehen, wobei hier durch die Gesetzgebung eine Lösung in Sicht erscheint. Es kommen jedoch auch Zuwanderer ohne jeglichen Schulabschluss zu uns. Für diesen Personenkreis ist es notwendig, die Voraussetzungen für eine berufliche Ausbildung durch den Erwerb zumindest des Hauptschulabschlusses zu schaffen. Hier bedarf es noch mehr bedarfsgerechter Angebote durch die Bildungsträger, auch wenn es einige Ausbildungsberufe im Handwerk gibt, für die kein Hauptschulabschluss verlangt wird.



Folgende Lösungsansätze wurden vorgeschlagen:

Für die weitere Verbesserung der Integration in den Arbeitsmarkt ist es unbedingt notwendig, die Kooperation mit den Handwerkskammern und den Industrie- und Handelskammern weiter zu entwickeln. Dazu erklären sich Vertreter der Berufsschulen bereit, Kontakte zu diesen berufsständischen Organisationen herzustellen und in diesem Sinne Lobbyarbeit zu betreiben.

Für die bedarfsgerechte Berufsorientierung junger Zuwanderer sollte in Zukunft schon bei der Planung der Schülerpraktika eine Lenkung durch Lehrer und Schulsozialarbeiter erfolgen.



3.3. Partizipation und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben

Workshopleiterinnen Ute Schrader und Birgit Hartmann

Ausgangspunkt für die Arbeit dieses Workshops sind einige der Handlungsempfehlungen zu diesem Schwerpunkt :

- Öffnung weiterer Bereiche des gesellschaftlichen Lebens für Zugewanderte
- Aufklärung> Elternarbeit> Elternmitarbeit
- gleichberechtigte Zusammenarbeit von Einheimischen und Migrantinnen und Migranten als Nachbarn, im Ehrenamt, in Vereinen, Verbänden und weiteren Angeboten zum gegenseitigen Nutzen ermöglichen
- Gewinnung von Migrantinnen und Migranten, ehrenamtlich tätig zu sein
- das Selbstbewusstsein und die Kompetenzen der Migrantinnen/ Migranten stärken, so dass sie sich zutrauen, in gesellschaftlichen Gremien mitzuarbeiten

Was gelingt schon gut:

Workshopteilnehmer/innen berichteten über Projekte und Ansätze, die in Stendal bereits gut klappen, auch weil sich Migranten/innen aktiv dabei einbringen. Im Kleingartenverein wird ein großer Teil der Parzellen von Zugewanderten gepachtet. Ein Migrant arbeitet sogar im Vorstand mit. Er ist als Vermittler zwischen Einheimischen und Migranten tätig und fungiert als Dolmetscher. In Anlehnung des Titels unseres Workshops weist ein Teilnehmer darauf hin, dass es in anderen Ländern überhaupt keine Gartenzäune gibt.

Eine Reihe von Migranten/innen arbeiten in Projekten der Bürgerinitiative Stendal mit und helfen bei der Betreuung von Kindern in Kindereinrichtungen oder Schulen. Diese Ehrenamtlichen unterstützen dort die Arbeit der Erzieher und Lehrer durch zusätzliche Angebote und bilden eine gute Verbindung zwischen dem pädagogischem Personal der jeweiligen Einrichtung und den Eltern der zu betreuenden Migrantenkinder.

Der Bereich Sport bietet vielen Migranten/innen die Möglichkeit, sich in den Vereinen aktiv zu beteiligen. Das wird in mehreren Sportarten genutzt, hier wird viel für gelebte Integration getan. Auch die vom Netzwerk „Integration durch Sport“ organisierten Veranstaltungen tragen zur Verständigung von Einheimischen und Zugewanderten bei.

In der Musik- und Kunstschule sind Migranten/innen als Honorarkräfte tätig und unterrichten Kinder und Jugendliche in den verschiedensten musischen Fächern. Von Vorteil ist hier, dass sie diese Tätigkeit mit ihrem hier nicht anerkannten Berufsabschluss durchführen können. Diese Tätigkeit kommt nicht nur den Zugewanderten zugute, sondern dadurch ist auch ein umfangreicheres Angebot an der Schule möglich.

Schließlich wurde von den Teilnehmern/innen auch positiv bewertet, dass es in Stendal eine gute Beratungslandschaft für Migranten/innen gibt. Diese wird gern und umfangreich in Anspruch genommen. Das Netzwerk zur Integration von Migranten ist bekannt und wird als gut organisiert eingeschätzt.

Als Fazit konnte festgestellt werden, dass bürgerschaftliches Engagement und ehrenamtliche Tätigkeiten den Migranten/innen die Möglichkeit geben, sich auszuprobieren und Kontakte zu Einrichtungen und Verbänden zu knüpfen. Auch wenn sich in den seltensten Fällen die Möglichkeit einer Festanstellung oder die Übernahme in ein Arbeitsverhältnis ergibt, bietet diese Tätigkeit den Migranten/innen Möglichkeiten Chancen dafür, dass sie ihre Fähigkeiten testen und ausbauen können und ihr Selbstbewusstsein gestärkt wird.

Was hindert uns derzeit an der Umsetzung der Handlungsempfehlungen?

Die oft noch unzureichenden Sprachkenntnisse wurden ebenso genannt wie das „nicht integrieren wollen“ einiger Zuwanderer. Es wurde darauf hingewiesen, dass die Integration Zugewandeter auch von der aufnehmenden Bevölkerung gewollt werden muss, damit sie gelingen kann. Manchmal fehlt es an der Kommunikation zwischen beiden. Ein weiteres Hindernis liegt darin, dass Migranten/innen Stendal aufgrund der fehlenden Arbeitsmöglichkeiten verlassen oder ihren Familienmitgliedern in andere Bundesländer folgen. Schließlich darf auch nicht übersehen werden, dass etliche Zuwanderer nicht mehr zu weiteren Aktivitäten bereit sind. Sie sind mit dem erreichten Stand zufrieden, da es ihnen hier besser geht, als sie es sich in ihren Herkunftsländern je erhoffen konnten.

Die Suche nach **Lösungsansätzen** konnte aus Zeitgründen nur noch teilweise beantwortet werden. So sollte unbedingt die Kommunikation zwischen Zugewanderten und Einheimischen verbessert und eine Begrüßungsmappe für neu ankommende Ausländer erstellt werden.



Selbstverpflichtungen

- Öffentlichkeitsarbeit/Angebotsdarstellung
- weiter ehrenamtlich tätig sein, Arbeit finden
- weitere freiwillige/ehrenamtliche Mitstreiter im Betreuungsbereich finden – Flyer für Willkommensmappe
- Ich verpflichte mich, öfter bei STEMI dabei zu sein und meine Erfahrungen als Ausländerin mit einzubringen.
- bei der Erarbeitung der Willkommensmappe mithelfen; gestalten
- Erarbeitung eines Dokumentes mit Angeboten für Jugendliche in verschiedenen und jugendgerechter Sprache
- B1-Prüfung ablegen
- Ich informiere Jugendliche in meiner Einrichtung über konkrete Möglichkeiten, sich einzubringen
- Förderung von Projekten, die der Partizipation / Mitwirkung von Zuwanderern dienen, Heranführung an allgemein zugängliche Angebote
- Krabbelgruppen-Angebot machen, mehrsprachig einladen
- weitere Jugendliche aus den Schulen der Stadt Stendal in unseren Verein integrieren
- Gewinnung von Migrantinnen für die Arbeit in der STEMI
- Beratung von Migranten/innen bzgl. Integrationskursen, Sprachprüfungen (DTL, A2, B1,....) und nachträglichen Erwerb von Schulabschlüssen



3.4. Interkulturelle Öffnung

Workshopleiterinnen Liane Bischoff und Grit Woywod

Eine kurze Vorstellungsrunde eröffnete den Workshop. Die Teilnehmer/innen stellten sich namentlich vor und nannten ihren persönlichen Bezug zum Thema. Danach stellte Liane Bischoff die Definition des Begriffes „Interkulturelle Öffnung“ am Flipchart dar.

Was hindert uns derzeit an der Umsetzung der Handlungsempfehlungen?

Als hauptsächlichen Hindernisgrund betrachten die Teilnehmer die unzureichenden Sprachkenntnisse. Allerdings nicht nur in der Hinsicht, dass die Zuwanderer die deutsche Sprache zu wenig beherrschen, sondern auch, dass es zu wenig mehrsprachige Beschäftigte in Ämtern, Institutionen, Schulen und Regeldiensten gibt.

Mehrere Teilnehmer/innen sprachen sich dafür aus, den Migrantenanteil in diesen Einrichtungen gezielt zu erhöhen.

In der Diskussion darüber wurden zwei weitere Hemmnisse deutlich.

In den genannten Einrichtungen, vor allem in den Verwaltungen des öffentlichen Dienstes, gibt es fast keine Neueinstellungen. Deshalb bestünde nur die Möglichkeit Menschen mit Migrationshintergrund hier über eine entsprechende Berufsausbildung zu erreichen. Es gibt jedoch in diesem Bereich fast keine Bewerbungen - weder für ein Praktikum noch für einen Ausbildungsplatz. Gäbe es solche Bewerbungen, würden sie natürlich auch berücksichtigt.

Die Migranten/innen sind jedoch überwiegend der Meinung, man wollte sie als Bewerber gar nicht, sie würden sowieso nicht genommen. Deshalb und auch wegen manchmal nicht besonders guter schulischer Leistungen bewerben sich Zuwanderer in diesem wichtigen Bereich des gesellschaftlichen Lebens kaum. Außerdem ist es in Zuwandererfamilien häufig so, dass vor allem die Kinder nach der Schule die Familie ernähren sollen und deshalb keine Berufsausbildung beginnen.



Lösungsansätze:

Bei der Suche nach Lösungsmöglichkeiten bestand Einigkeit darüber, dass man vielmehr aufeinander zugehen muss. Nur so können Missverständnisse ausgeräumt werden. Dazu bedarf es einer verstärkten Aufklärungsarbeit und mehr Werbung für Praktikums- und Ausbildungsplätze. Dies kann über die Berufsorientierung an den Schulen ebenso erfolgen wie z.B. über Ausbildungsmessen oder das Future-Camp. Selbstverständlich sind dabei auch die Eltern einzubeziehen.

Die Verwaltung sollte auf diesem Gebiet eine Vorreiterrolle übernehmen und ihre Praktikums- und Ausbildungsplätze mehr anbieten, eventuell auch die Zahl erhöhen. Eine Möglichkeit, den Zuwanderern zu zeigen, dass sie gewollt sind, wären folgende Formulierungen in Ausschreibungen :

„Wir freuen uns über Bewerbungen von Menschen mit Behinderung, mit sozialem Engagement sowie Bewerber/innen aller Nationalitäten“ oder „Bewerbungen von Menschen mit Migrationshintergrund sind erwünscht“ .

Die interkulturelle Öffnung sollte aber auch in anderen Bereichen der Gesellschaft weiter ausgebaut werden. Es wäre schon hilfreich für beide Seiten, wenn man den Einsatz von Migranten/innen „einfach mal ausprobert“. Dazu gehört dann auch, die interkulturellen Kompetenzen der Mitarbeiter/innen zu erhöhen. Das kann durch Fortbildungen oder entsprechende Workshops geschehen. Auch hier ist insbesondere die öffentliche Verwaltung gefordert, mit gutem Beispiel voranzugehen.



Selbstverpflichtungen:

- als Verein mehr Migranten als Mitglieder gewinnen und diese unterstützen

- weiterhin SchülerInnen beim Übergang Schule – Beruf unterstützen
- im Kreistagsausschuss das Thema im Auge behalten
- mein Büro als „offenes Büro“ für alle führen
- Seminare zur interkulturellen Öffnung im Amt organisieren
- mehr Einsatz für die Gewinnung/Einstellung von Migranten in Ausbildung bzw. Arbeit in meinem Bereich
- für mehr Offenheit werben
- Zusammenarbeit der Bildungsträger zur Sprachbildung verbessern
- weitere Mitarbeit in der Stendaler Migranteninitiative
- sich selbst für andere Kulturen öffnen
- keine Angst vor deutscher Sprache und Kultur
- Einfluss auf Eltern mit Migrationshintergrund nehmen, um ihnen die Möglichkeiten und Notwendigkeit einer Ausbildung für ihre Kinder deutlich zu machen

4. Abschluss

Nach Beendigung der Arbeit in den Workshops trafen sich alle Teilnehmer nochmals im Plenum in der Bürgerhalle.

Die Workshopleiterinnen stellten in kurzer Form die Ergebnisse vor. Insbesondere die in den Gesprächen erarbeiteten Ideen und Vorschläge sowie die von den Teilnehmern übernommenen Selbstverpflichtungen wurden dargestellt.



Liane Bischoff bedankte sich im Namen der Veranstalter bei allen für die konstruktive Mitarbeit und kündigte an, dass Mitte 2012 in den Arbeitstischberatungen des Netzwerkes eine erste Zwischenbilanz gezogen wird.

Danach hielten die Vertreter der Stendaler Migranteninitiative (SteMi), Frau Dr. Beye und Herr Schellert folgendes Schlusswort :



**Guten Tag! Salam Aleikum! Dobrij Den! Anikle! Buenos dias!
Magandang hapon! Chào!**

Meine verehrten Damen, meine verehrten Herren.

Integration, Zuwanderung, Einwanderung, Multikultigesellschaft, Migrationshintergrund, Ausgrenzung - täglich hört man diese Begriffe in unserer Gesellschaft, in der Medienwelt und bei der heutigen Veranstaltung.

In seinen Moralischen Briefen, schrieb Philosoph Seneca „Nicht weil es schwer ist, wagen wir es nicht, sondern weil wir es nicht wagen, ist es schwer“.

Erst im Jahr 2000 wagte Deutschland sich als Einwanderungsland zu bezeichnen. Im Jahr 2006 begann Deutschland über die Bedeutung von Integration zu diskutieren. Im Vorwort zum Nationalen Integrationsplan sagte die Bundeskanzlerin Angela Merkel: „Deutschland ist ein weltoffenes Land“. Sie hat Recht. Fünfzehn Millionen Menschen aus über 200 verschiedenen Staaten leben heute in unserem Land. Sie haben richtig gehört, in unserem Land. Für sehr viele von uns, ist Deutschland ein Heimatland geworden. Dennoch, für viele schlägt eine Hälfte des Herzens für das Herkunftsland. Es ist nicht leicht, eine Balance zwischen dem Leben in zwei Kulturen zu finden.

Ein wichtiger Schritt für die Integration ist die Kommunikation, aber die Kommunikation entsteht nur, wenn es einen Sender und einen Empfänger gibt. Das bedeutet, dass die Integration Gegenseitigkeit, Verständnis und Offenheit braucht. Die letzten Ergebnisse der Integrationsmaßnahmen haben gezeigt, dass wir auf dem Weg zum friedlichen Zusammenleben sind. Natürlich sind wir nicht auf dem Gipfel der Integration. Wir wollen hin und der Weg zum Gipfel ist unser Ziel.

Die Ergebnisse der Arbeitsgruppen haben das deutlich gezeigt. Wir alle, die Aufnahmegesellschaft und die Migranten und Migrantinnen, sind bereit, eine

fruchtbare Zusammenarbeit zu beginnen.

Unser Schlusswort möchten wir mit einem Zitat von Henry Ford beenden.

„Zusammenkommen ist ein Beginn, zusammenbleiben ist ein Fortschritt, zusammenarbeiten ist ein Erfolg“. (Henry Ford)

Wir wünschen allen auf diesem Weg viel Geduld, Gesundheit und Zufriedenheit.

Zum Abschluss erlebten die Teilnehmer noch die Aufführung eines von Jugendlichen dargebotenen „Musicals für mehr Respekt“. Die jungen Künstler wurden mit viel Beifall bedacht.

